Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei.

# Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Barros. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 168 | Mittwoch, den 22. Juni | Jahrgang 1927

## Der endlose Zollkrieg mit Polen.

Von unserem ostoberschlesischen Mitarbeiter.

)( **Königshütte,** 19. Juni.

In aller Stille und fast unbeachtet konnte in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen in den letzten Tagen so eine Art von Jubiläum verzeichnet werden: Wir sind vor einigen Tagen in das dritte Jahr des deutsch-polnischen Zollkrieges eingetreten und die Optimisten, die seit zwei Jahren immer wieder einen baldigen Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages prophezeiten und damit ein Ende des Wirtschaftskrieges, sind bitterlich enttäuscht worden. Man spricht von den Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden benachbarten Staaten gar nicht mehr, weil jede Annäherung zur Zeit aussichtslos erscheint. Zu allem Ueberfluß ist Polen durch den Abbruch der englisch-russischen Beziehungen wie auch durch die gespannte polnisch-russische Lage so stark in Anspruch genommen, daß der Handelsvertrag mit Deutschland scheinbar an Bedeutung verloren hat, und man in aller Ruhe auch der Vollendung des dritten Zollkriegsjahres entgegenzugehen scheint. Diese Gleichgültigkeit in Polen ist nur dann verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Lasten des Zollkrieges in erster Linie Oberschlesien zu tragen hat, daß man in den anderen Teilen Polens die Folgen des Wirtschaftskrieges erheblich weniger spürt und daß man, seitdem vor gerade fünf Jahren polnische Truppen das Land besetzten, Ost-Oberschlesien immer nur als Ausbeute-Objekt betrachtet hat. Als die letzte Vermögenssteuer festgestellt wurde, wurde Ost-Oberschlesien mit 183 Millionen veranschlagt, das ganze übrige Polen zusammen dagegen mit nur 316 Millionen! Die laufende Verwaltung Ost-Oberschlesiens hat allein im vorigen Jahre dem polnischen Staate einen Ueberschuß von 66 Millionen erbracht. Der Wert des Zloty ist seit Beginn des Zollkrieges von 78 deutschen Pfennigen auf 46 Pfg gesunken. Hier könnte auch das übrige Polen den Druck des Zollkrieges empfinden; da aber die polnischen Gebiete außerhalb von Oberschlesien verhältnismäßig wenig einführen, ist auch hier die Aufklärung durch die Praxis nur schwer.

Vor Beginn des Zollkrieges trug jeder Oberschlesier Wäsche, Kleidung und Schuhzeug aus Deutschland, und umgekehrt setzte die polnisch-oberschlesische Industrie bis zu 80 Prozent ihrer Produktion in Deutschland ab. Noch im Jahre 1923 hat die polnisch-oberschlesische Industrie für 350 Millionen deutsche Mark nach Deutschland ausgeführt, während das gesamte übrige Polen zusammen, vornehmlich landwirtschaftliche, Produkte nur für rund 119 Millionen nach Deutschland zur Ausfuhr brachte. Diese Ziffern zeigen deutlich, wie die Kosten des Zollkrieges in erster Linie Polnisch-Oberschlesien für die ganze polnische Republik zahlen muß. Das kleine Ost-Oberschlesien führte umgekehrt 1923 allein für 148 Millionen aus Deutschland ein, obwohl die ostoberschlesische Bevölkerung nur etwa den 25. Teil der Gesamtbevölkerung Polens ausmacht. Ebenso ist Ost-Oberschlesien für die polnische Handelsbilanz von entscheidender Bedeutung; der Wert der oberschlesischen Ausfuhr betrug im Jahre 1926 rund 450 Millionen Goldzloty, also fast eine halbe Milliarde.

Durch seine übertriebenen Forderungen auf dem Gebiete der Einfuhr von Kohle und landwirtschaftlichen Produkten nach Deutschland einerseits und durch die Verweigerung eines ausreichenden Niederlassungsrechtes und eines genügenden wirtschaftlichen Ausgleiches andererseits sorgt Polen von selbst dafür, daß der Zollkrieg endlos wird. Bekanntlich fordert es immer noch ein Einfuhrkontingent von 300 000 Tonnen Kohle monatlich. Schon ein Kontingent von 100 000 Tonnen bedeutet für einen jeden einzelnen deutschoberschlesischen Bergarbeiter einen monatlichen Verdienstausfall von 6 Mark. Schon bei diesem geringen Kontingent vermindert sich die jährliche Kaufkraft der deutsch-oberschlesischen Bergarbeiterschaft um rund 7,5 Millionen Mark, von der geschädigten Kaufkraft der Grubenverwaltungen garnicht zu reden. Eine jede Erfüllung der polnischen Wünsche muß ohne große Umwege vom deutsch-oberschlesischen Bergarbeiter und vom ostdeutschen Landwirt bezahlt werden, während umgekehrt bei der verstärkten Verarmung des Landes und bei dem gesunkenen Werte der polnischen Valuta gar nicht zu überblicken ist, ob und welchen Nutzen jene deutschen Industriezweige haben würden, die für eine Ausfuhr nach Polen nach Beendigung des Zollkrieges in Frage kämen. Die polnische Handelsbilanz, die sich von Monat zu Monat verschlechtert, sorgt von selbst dafür, daß auch nach dem Abschluß eines Handelsvertrages die Warschauer Regierung alle dann noch verfügbaren Mittel gebrauchen muß, um die Einfuhr zu drosseln, damit das Land vor einer zweiten Inflation geschützt wird.

Der „Oberschlesische Kur." hatte nur zu sehr recht, wenn er vor einigen Tagen in einer Betrachtung der wirtschaftlichen Lage schrieb:

„Man wird sich darauf vorbereiten müssen, auch noch ein drittes Jahr Wirtschaftskrieg zwischen Deutschland und Polen zu erleben. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist jedenfalls sehr groß, obwohl man inzwischen schließlich auch in Polen eingesehen haben müßte, wie widersinnig es war, als vor zwei Jahren die polnischen Grenzen hermetisch nicht nur nach Deutschland hin abgeschlossen wurden und darüber hinaus gegen Deutschland das vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sehr fragwürdige Mittel des Zollkrieges angewandt wurde."

Die Befürchtungen des Blattes sind berechtigt, denn es zeigt sich auch in den ersten Tagen des dritten Zollkriegsjahres nirgends ein Ansatz für eine versöhnlichere Stimmung und nirgendwo ist ein Weg sichtbar, auf dem sich die beiden Parteien näher kamen. Die Aussichten für einen deutsch-polnischen Handelsvertrag waren nie schlechter als gerade jetzt und sie werden sich noch weiter verschlechtern, wenn es Polen trotz seiner schlechten politischen Lage gelingt, in den nächsten Wochen die seit Jahren erwartete amerikanische Anleihe herein zu bekommen. Der definitive Abschluß der Anleihe wird den nationalistischen Elementen, die die Verewigung des Zollkrieges erstreben, so den Rücken stärken, daß die kleinen Kreise, in denen noch die wirtschaftliche Vernunft herrscht, schweigen müssen. Alles spricht dafür, nichts dagegen, daß Mitteleuropa auch das dritte Jahr des deutsch-polnischen Zollkrieges sich vollenden sehen wird.

*

## Polen gegen die russischen Forderungen.

△ **Paris,** 21. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Matin" in Warschau erfährt, ein Sonderkurier mit Instruktionen des Marschalls Pilsudski an den polnischen Gesandten in Moskau sei abgegangen. Der polnische Gesandte werde Litwinow erklären, es sei Polen unmöglich, die russischen Forderungen ernst zu nehmen. Polen habe alles getan, um Rußland Genugtuung zu geben und fordere Rußland höflich, aber entschlossen auf, Polen in Ruhe zu lassen. Wenn es in unzulässiger Weise einen derartigen Zwischenfall ausbeute, werde es allein für die daraus entstehenden Folgen verantwortlich sein.

*

## Die Schließung des schlesischen Sejm.

⊠ **Kattowitz,** 21. Juni. Die polnische Presse schreibt, daß die Schließung der Session des schlesischen Sejms lediglich die Folge der Untersuchung der Sonderkommission des schlesischen Sejms sei, die in ihrem Bericht folgenden Antrag gestellt hat: „Der schlesische Sejm wolle beschließen, den Bericht der Sonderkommission gutzuheißen, den Wojwoden Graczinski zum Rücktritt aufzufordern und dem Bischof Lisecki den Dank auszusprechen für sein Verhalten in Bielschwitz den Aufständischen gegenüber. Ferner stellt die Kommission den Antrag, gegen die an den Terrorakten Beteiligten und gegen eine Anzahl von Mitgliedern des schlesischen aufständischen Verbandes gerichtlich vorzugehen."

Die Korfantyzeitung „Polonia" ist wegen der Veröffentlichung des Berichtes der Sonderkommission des schlesischen Sejms von der Polizei beschlagnahmt worden. — Sie hatte berichtet, daß an den Beratungen der Kommission kein Vertreter der Sicherheitsbehörde teilnahm, obwohl die Teilnahme auf Grund der Gesetzesordnung hätte erfolgen müssen. Dem Ausschuß wurden ferner die amtlichen Akten verweigert und Wojwodschaftsbeamte warnten Zeugen davor, vor der Kommission Aussagen zu machen. Der Wojwode drohte sogar Zeugen mit Entziehung der Pension, wenn sie belastende Aussagen gegen den Wojwoden machen würden. Die blutigen Vorfälle in Rybnik wurden auf Antrag des Deutschen Klubs von der Untersuchung ausgeschlossen, da über dieselben eine Beschwerde bei der gemischten Kommission eingereicht worden ist. Schwer belastet wird in dem Bericht der Führer des Aufständischenverbandes Kornke, der Vertrauensmann und das ausführende Organ des Wojwoden. Den vier Aufständischen, die den Chefredakteur der „Polonia" überfallen hatten, war erklärt worden, daß die Polizei informiert sei, und daß sie bei ihrer eventuellen formellen Verhaftung wiederfreigelassen würden. Nach dem erfolgten Ueberfall haben die betreffenden Aufständischen von ihrer Verbandsleitung eine Auszeichnung erhalten. Dem „Berliner Lokalanzeiger" zufolge haben sich die deutschen und die polnischen christlichen und nationalen Parteien dahin geeinigt, die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Tagung des schlesischen Seims zu beantragen. Einem solchen Ersuchen, das von der Mehrzahl der Sejmmitglieder unterschrieben ist, muß nach der Verfassung der Staatspräsident innerhalb von zwei Wochen stattgeben.

## Zentrum und Beamtenbesoldung.

### Bestimmt Neuregelung ab 1. Oktober.

Von unserer Berliner Redaktion.

◆ **Berlin,** 21. Juni. (Drahtb.)

Aus der Zentrumsfraktion des Reichstags wird uns mitgeteilt: Die falschen Angaben, die über das Verhalten der Zentrumsfraktion des Reichstags gegenüber den Beamtenbesoldungsfragen verbreitet werden, sind höchst bedauerlich. Die Fraktion ist der neuen Regelung der Beamtenbesoldung nicht abgeneigt, sondern sie kämpft seit langer Zeit bei jeder Gelegenheit für eine durchgreifende und grundsätzliche Aufbesserung der Beamtenbezüge. Schon bei der Beratung der beiden Weihnachtsgratifikationen im Jahre 1925 und 1926 hat Abgeordneter von Guérard darauf hingewiesen, daß dieses „Trinkgeldbewilligen" der Stellung der deutschen Beamtenschaft nicht entspreche und hat eine umfassende Besoldungsreform verlangt. Diese Linie ist von der Fraktion konsequent innegehalten worden. In wiederholten Besprechungen mit dem früheren und dem derzeitigen Reichskanzler ist das Verlangen nach Reform der Beamtenbesoldung gestellt worden. Wenn in der Montagssitzung des Haushaltsausschusses die Reichsregierung ihre endgültige Zustimmung zu dieser Reform gegeben hat, so ist das wesentlich den Bemühungen der Zentrumsfraktion zu verdanken. In der genannten Sitzung des Haushaltsausschusses hat Abgeordneter von Guérard namens aller Regierungsparteien auf die dringende Notwendigkeit der baldigen organischen Reform der gesamten Besoldung hingewiesen und mit Recht betont, daß die Frage einer ausreichenden Regelung der Gesamtbezüge eine Angelegenheit des ganzen Volkes sei, da Reich und Staat davon abhängen, ob eine lebensfähige Beamtenschaft vorhanden ist. Die Reform muß selbstverständlich nicht nur die Reichsbeamten, sondern auch die Beamten der Länder und Gemeinden, der Eisenbahn und der Post umfassen. Auf die Kriegsbeschädigten wirkt sie sich nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen automatisch aus; sie muß auch ihre Rückwirkung auf Ruhegehalts- und Wartegeldempfänger haben. Es kann mit aller Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß die neue Regelung am 1. Oktober dieses Jahres wirksam wird, daß sie ferner alle Beamtenklassen umfaßt und daß sie voraussichtlich auch eine Aenderung des derzeitigen Gruppensystems mit sich bringen wird. Mit der Verabschiedung der Vorlage in der jetzigen Sitzungsperiode wird allerdings kaum zu rechnen sein. Indessen ist die Regierung darauf festgelegt, daß auch bei einer späteren Annahme der Vorlage etwa im November die Rückwirkung ab 1. Oktober dieses Jahres eintritt.

Aus Vorstehendem ersieht man, daß die Zentrumsfraktion des Reichstags maßgebend für die Aufbesserung aller Beamtenbezüge eingetreten ist. Sie wird dies auch in Zukunft tun.

## Die Reform des englischen Oberhauses.

× **London,** 20. Juni. Gelegentlich einer Debatte im Oberhaus über eine etwaige Reform des Oberhauses führte der Lordkanzler u. a. aus:

Die Regierung ist der Ansicht, daß das Oberhaus sich in Zukunft statt aus 740 Mitgliedern wie bisher jetzt aus höchstens 350 Mitgliedern zusammensetzen sollte, und zwar würden dann dem Hause angehören: die Peers aus königlichem Blut, die geistlichen Würdenträger und die hohen richterlichen Beamten, die auch jetzt zu einem Sitz im Oberhaus berechtigt sind, ferner die Vertreter der erblichen Peers, die in Zukunft für eine Amtszeit von 12 Jahren von der Gesamtheit der erblichen Peers gewählt werden würden und schließlich eine bestimmte Anzahl von Peers, die auf Vorschlag des Kabinetts vom König auf 12 Jahre ernannt werden würden. Auf diese Art würde im Falle einer Arbeiterregierung diese die Möglichkeit haben, auch im Oberhaus in angemessener Weise vertreten zu sein. Weiterhin ist vorgesehen, daß ein Drittel der ernannten Peers und der Vertreter der erblichen Peers alle vier Jahre zurücktritt und durch andere Persönlichkeiten ersetzt wird. Die Vertreter der erblichen Peers hätten das Recht der Wiederwählbarkeit. Außerdem sollen in Zukunft Peers, die keinen Sitz im Oberhaus haben, berechtigt sein, für einen Sitz im Unterhaus zu kandidieren.

Wenige politische Mitteilungen der neueren Zeit haben soviel Interesse im Parlament und politischen Kreisen hervorgerufen, wie diese Vorschläge der Regierung. Es scheint, daß sie wahrscheinlich in der nächsten Session im Parlament eingebracht werden sollen. Die Mehrheit der konservativen Mitglieder des Oberhauses drückte Zufriedenheit über die Vorschläge zur Reform des Oberhauses aus, wenn sie auch einigen nicht weit genug gehen. In liberalen Kreisen werden sie als unbefriedigend bezeichnet. Von Seiten der Arbeiterpartei wird angekündigt, daß energischer Widerstand dagegen geleistet werden soll.

## Der angebliche Inhalt des Reichsschulgesetzes.

Von unserer Berliner Redaktion.

▲ **Berlin,** 21. Juni. (Drahtb.)

Das „Berliner Tageblatt" hört wieder einmal das Gras wachsen, und zwar sieht es dieses Mal fertige Paragraphen des Reichsschulgesetzes, dessen Entwurf bekanntlich noch nicht vorliegt. Die im Reichsinnenministerium ausgearbeiteten Grundlinien sollen nach Angabe des „Berliner Tageblatts" ungefähr folgende Punkte umfassen:

„Die Simultanschule, die Bekenntnisschule und die weltliche Schule sollen als gleichberechtigt betrachtet werden. Die Bekenntnisschule müsse als evangelisch, katholisch und jüdisch bezeichnet werden. Es soll damit in vorsichtiger Formulierung — die vorsichtige Formulierung soll mit Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei gewählt werden — zum Ausdruck gebracht werden, daß in den Bekenntnisschulen der gesamte Unterricht, mindestens aber der Unterricht in den sogenannten ethischen Fächern den Stempel der betreffenden Religion tragen müsse. Das Wort vom „Geist des Bekenntnisses", das in dem Reichsschulgesetz von 1921 enthalten war, soll diesmal vermieden werden. Ferner ist vorgesehen, die bisherige Bekenntnisschule vom erstmaligen Antragsverfahren auf Umwandlung in gemeinsame oder weltliche Schulen auszunehmen. Die einklassige Schule soll als geordneter Schulbetrieb im Sinne der Reichsverfassung anerkannt werden. Für einen geordneten Schulbetrieb soll eine Schülerzahl von 30 bis 40 als genügend betrachtet werden. Es wird aber erwogen, darüber hinaus eine Schule mit noch geringerer Schülerzahl als Privatschule unter staatlicher Aufsicht anzuerkennen."

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich bei der Meldung des „Berliner Tageblatts" um nichts weiter als um einen Versuchsballon, der die Regierung aus der Reserve herauslocken und zu Mitteilungen über Einzelheiten des Entwurfs veranlassen soll. Wie bereits betont, ist der Entwurf des Reichsschulgesetzes den Regierungsparteien bisher noch nicht zugeleitet worden. Die Angaben über den Inhalt des Entwurfs beruhen auf Kombinationen, die sich auch insofern erklären lassen, als verschiedene Bestimmungen in früheren Entwürfen enthalten waren. Selbstverständlich wird der neue Entwurf im wesentlichen diese Grundzüge aufweisen. Endgültige Formulierungen sind jedoch noch nicht bekannt.

Wenn das „Berliner Tageblatt" weiter bemerkt, die Deutschnationalen, das Zentrum und die Bayrische Volkspartei seien mit dem angeblich vom Reichsinnenministerium vorgelegten Entwurf einverstanden, während die Deutsche Volkspartei noch starke Bedenken habe, so wird damit nichts weiter bezweckt als eine Entzweiung der Koalition. Diese Scharfmachereien dürften indessen von keinem Erfolg begleitet sein. Wie wir weiter hören, kann damit gerechnet werden, daß die Regierungsparteien einen Initiativantrag einbringen werden, wenn der Reichsrat sich für seine Stellungnahme eine zu lange Zeit lassen sollte. Etwas Endgültiges ist jedoch vorläufig noch nicht beschlossen. Aber soviel steht fest, daß die Regierungsparteien die erste Lesung des Entwurfs noch vor den großen Sommerferien erledigen wollen.

## Erste Lesung des Strafgesetzbuchentwurfs.

### Deutscher Reichstag.

× **Berlin,** 21. Juni.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die erste Beratung des Entwurfes eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches.

Abg. Könen (K.) gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine längere Erklärung ab, in der er ausführt, die Abgeordnten hätten noch nicht Zeit gehabt, den 426 Seiten starken Entwurf mit der nötigen Gründlichkeit zu studieren. Der Redner beantragt, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen oder wenigstens nach der Rede des Ministers die Beratung abzubrechen. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Reichsjustizminister Hergt dankt in seiner Begründungsrede zunächst allen denen, die in ernster schwerer Arbeit mitgeholfen haben, an der Strafrechtsreform, die vor 25 Jahren begonnen wurde. Diese Arbeit bedeute vor allem auch ein Stück des Lebenswerkes des Reichstagsabgeordneten Dr. Kahl. Auch die Hilfe des deutschen Sprachvereins ist nicht zu vergessen. Es handelt sich hier um ein Volkswerk, um eine historische Notwendigkeit. Hier wird ein Bollwerk errichtet, um die deutschen Kulturgüter. (Rufe bei den Kommunisten: Um den Geldsack!)

**Das Strafgesetz muß der Entwicklung der Zeit folgen.**

Das gilt auch von dem geltenden Strafgesetzbuch von 1875. Es war eine Großtat, als damals zum ersten Mal, sei den Zeiten der Karolinger wieder ein einheitliches Strafrecht für das ganze Deutsche Reich geschaffen wurde. Seit 1871 haben sich aber die Zeiten sehr geändert. Wir haben das gewaltige Erlebnis des Krieges durchgemacht. Nach der Revolution zeigte sich in der Rechtsauffassung manche Schwankung, der wieder die Reaktion folgte. Die Notwendigkeit von Reformen wurde schon früh erkannt. Diese Erkenntnis fand ihren Ausdruck in der Einrichtung der Jugendgerichte, aber auch in einer Wandlung der allgemeinen Gerichtspraxis. Der vorliegende Entwurf will nun

**das Strafrecht den veränderten Zeitverhältnissen anpassen.**

Er hält sich fern von jeder Schulmeinung und macht sich nicht einseitige Doktrinen zu eigen. Der Grundgedanke des Entwurfes ist das Bestreben, dem richterlichen Ermessen weit größere Freiheit zu geben, als es das bisherige Strafgesetzbuch tat. Die bisher nur auf bestimmte Fälle beschränkten mildernden Umstände werden ganz allgemein zugelassen. Es ist dem Richter überhaupt eine Fülle von Möglichkeiten zur Milderung von Strafen gegeben worden. Das soll aber nicht eine Verschlechterung im Strafrecht, nicht eine Humanitätsduselei bedeuten. Gerade die jetzige schwere Zeit erfordert einen

**besonders strengen Schutz unserer Kultur- und Wirtschaftsgüter.**

Die Höchstgrenzen der Strafen sind im allgemeinen bei

Chinosol

Gegen Fußschweiß, Achselschweiß

und die damit verbundenen Unzuträglichkeiten benutzt man eine Lösung Chinosol in Wasser zu Waschungen. Man nimmt auf einen Liter Wasser 8 bis 10 Deciplättchen. Chinosol desinfiziert, läßt keinen üblen Geruch aufkommen und macht zugleich vermöge seiner zusammenziehenden Wirkung die aufgequollene Haut fest und trocken. Chinosol wird seit Jahrzehnten in der ärztlichen Praxis benutzt. Ein Röhrchen, enthaltend 60 Tabletten, für lange Zeit ausreichend, RM 2.— in allen Apotheken und Drogerien.

Drogerie zum weissen Kreuz Gebr. Steiner, Medizinaldrogerie Heinr. Uhlenkotte.

Suche zum 1. Juli ein bestens empfohlenes **Mädchen** für Küche u. Haushalt. Selbständigkeit im Kochen unbedingt erforderlich. Frau Direktor Sobbeck, Doetinchem (Holland) Zu melden bei Frau Bennerscheid Isselburg am Bahnhof.

Suche **Stelle** als Schweizer oder Fuhrmann. Wer, sagt Josef Heinrichs, Rhede.

Zwei **Zimmer** zu mieten gesucht. Offerten unter M 1468 an die Geschäftsstelle erbeten.

behalten worden. Vor einiger Zeit wurde der Entwurf als ein Gesetz gegen die Proletarier bezeichnet. Der Entwurf kennt nicht den Begriff des Proletariats, er kennt nur den Begriff des Staatsbürgers und auf der anderen Seite des Verbrechers, der sich außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stellt.

In manchen Punkten verschärft der neue Entwurf die Strafe gegen früher. Er läßt die Möglichkeit zu, den Gewohnheitsverbrecher, den keine Strafe bessert, in dauernde Sicherungsverwahrung zu nehmen, um die Gesellschaft vor ihm zu schützen. Auch die geisteskranken Verbrecher, die bisher gewissermaßen mit einem Freibrief immer wieder auf die Gesellschaft losgelassen wurden, können jetzt in Heil- und Pflegeanstalten interniert werden. Nun wird gesagt, es fehle das geeignete Richtertum zur Anwendung des reformierten Strafrechtes. Es ist aber garnicht so, daß die Strafrichter weltfremde Buchstabenmenschen sind. Sie haben gelernt, auch aus der Zusammenarbeit mit den Laienrichtern. Wenn man den Strafrichtern das Instrument des neuen Gesetzes in die Hand gibt, dann werden sie auch damit verständnisvoll zu arbeiten wissen. Die Reform des Strafvollzuges wird dem Reichstage schon in der allernächsten Zeit zugehen. Es wäre aber falsch, vor der Strafrechtsreform erst das Gerichtsverfassungsgesetz und andere Vorlagen verabschieden zu wollen. Die Regierung wird solchen Absichten gegenüber eine energische Stellung einnehmen. An der Strafrechtsreform hat

**ständig ein Vertreter des österreichischen Justizministeriums mitgearbeitet.**

Der Entwurf des neuen österreichischen Strafgesetzbuches deckt sich bis auf zwei Ausnahmen wörtlich mit unserem. Die Ausnahmen waren nur erforderlich, weil die österreichische Verfassung die Todesstrafe ausschließt. Im übrigen werden aber beide Völker das gleiche Strafrecht erhalten. Das ist ein schönes Zeichen der untrennbaren Kulturgemeinschaft beider Völker. Wir senden bei der Beratung dieses Entwurfes unsere Grüße nach Oesterreich hinüber, begleitet von dem Wunsche, daß auch weiterhin diese schöne erfolggekrönte Uebereinstimmung bestehen möge und daß das Schicksal beider Entwürfe hier wie dort das gleiche Ergebnis zeitigen möge, zur Pflege eines jeden Landes für sich allein, zur Pflege des Deutschtums im Ganzen. (Beifall.) Wir begrüßen es besonders, daß jetzt auch Deutschland neu an der Gestaltung des neuen Strafrechts tätig mitwirkt. Alle Abgeordneten mögen bei der Entscheidung über den Entwurf daran denken: Die Stunde ist ernst und groß. Möchten Sie sich zur Aufrichtung eines unvergänglichen Denkmals des deutschen Geistes und des nationalen Rechts finden. (Beifall.)

Abg. Dr. Kahl (D. Vpt.) dankt den Fraktionen dafür, daß sie ihm die Ehre gewährt hätten, als erster Redner die Aussprache zu eröffnen, weil er tatsächlich von Anfang an mit der Strafrechtsreform aufs engste verbunden gewesen sei. Aus den Erfahrungen seiner mehr als 20jährigen Mitarbeit heraus schildert der Redner die einzelnen Etappen der Reformarbeit. Das Reichsstrafgesetzbuch von 1878 sei zwar nicht mangelhaft, aber veraltet, zumal die Formen des Verbrechertums sich vollkommen verändert haben. Die Reformarbeit war in gründlicher Vorbereitung so gefügt, daß der neue Strafgesetzentwurf 1914 dem Reichstag vorgelegt worden wäre, wenn nicht inzwischen der Krieg ausgebrochen wäre. Der Entwurf des Ministers Radbruch, der das Opfer einer Regierungskrise wurde, brachte eine grundsätzliche Aenderung im Strafsystem und neue volkstümliche Gedanken, die von den späteren Entwürfen übernommen wurden. Jetzt liegt uns der sechste Entwurf vor. Das alte Strafrecht war vor allem mangelhaft in der psychologischen Erfassung des Verbrechers. Der neue Entwurf bringt eine

**bessere Regulierung des Strafverfahrens gegen Geisteskranke und geistig Minderwertige und alkoholische Verbrecher.**

Es berücksichtigt auch mehr die Erscheinung des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechers. Die Ziele der Reform sind die Verbindung der Sicherung mit der Strafe. Der Reichsrat hat durch manche seiner Aenderungsbeschlüsse das Werk sehr erschwert. Aber ich habe doch das Vertrauen, daß dem Reichstag der große Wurf gelingen wird. Gewiß werden wir über die

**Frage der Todesstrafe**

zum Streit kommen, wir können aber den Streit um die Todesstrafe sehr ruhig ausfechten, denn es handelt sich hier um die politische Gesetzmäßigkeit, darum, ob der Staat jetzt schon nach dem Stande der Kriminalität in der Lage ist, auf das äußerste Strafmittel zu verzichten. Eine weitere Streitfrage kann die Bestimmung über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bilden. Ich würde es für richtig halten, wenn der ehrlose Verleumder mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft wird. (Beifall.) Im Ausschuß werden wir diese Einzelheiten erörtern müssen. Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen 2385 Paragraphen und 218 Einführungsartikeln ist in kaum einem halben Jahre vom Reichstagsplenum und Ausschuß verabschiedet worden.

**Wir müssen das Strafrecht entpolitisieren.**

Kommt die Strafrechtsreform jetzt nicht zustande, dann erreichen wir sie in absehbarer Zeit überhaupt nicht. Die im Zusammenhang mit Oesterreich gehegten nationalen Erwartungen würden dann enttäuscht, vielleicht niemals mehr erfüllt werden. Es kommt lediglich auf den Willen an, dann kann dem Reichstag der große Wurf gelingen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Landsberg (S.): Es gibt Dinge, in denen wir trotz aller politischen Trennungslinien alle übereinstimmen. Dazu gehört die Verehrung des Verehrungswürdigen. Sie werden mich wohl alle als Ihren Herold gelten lassen, wenn ich meiner aufrichtigen Bewunderung und meiner Freude Ausdruck gebe über diese wunderbare Rede des verehrten Herrn Vorredners, in der sich die Weisheit des Alters mit dem schönen Eifer der Jugend vereint hat und mit der unsere Verhandlungen in würdigster Weise eingeleitet worden sind. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien.) Es ist für uns ein erhebendes Gefühl, hier zugleich für unsere österreichischen Brüder ein Gesetz zu beraten. Diese Gemeinsamkeit unterstreicht die Richtigkeit des Wortes des Oesterreichers Kürnberger: „Kolorierte Landkarten können nicht Deutsche von Deutschen trennen." Wollen wir aber so ein gemeinsames Strafgesetzbuch für das deutsche Volk in beiden Ländern schaffen, dann muß es als Ausdruck des allgemeinen Willens anerkannt werden können. Dann aber

**werden sehr wesentliche Aenderungen des Entwurfes notwendig sein.**

Die österreichischen Sozialdemokraten sind der Meinung, daß bei uns zu viel bestraft wird. In der Frage der Todesstrafe bedauern wir sehr, daß die deutsche Regierung sich nicht auf die Seite Oesterreichs, sondern Sowjetrußlands gestellt hat, das für 27 Paragraphen seines Strafrechts die Todesstrafe vorsieht. Die Sozialdemokraten verlangen nach dem Beispiel Oesterreichs die Beseitigung der barbarischen Todesstrafe aus unserem Strafgesetzbuch. Ihrer Beibehaltung werden wir den schwersten Widerstand entgegensetzen. Der Entwurf enthält sehr viel Gutes, so das entschiedene Bekenntnis, zum Zwecke der Besserung den Grundsatz, daß mehr der Täter als die Tat bestraft werden soll. Auch viele soziale Gesichtspunkte sind in der Vorlage enthalten. Andererseits sind aber noch viele Verbesserungen notwendig. Das Vorliegen der Wahrnehmung berechtigter Interessen ist in einer Weise dargelegt, die der Presse die berechtigte und notwendige Kritik sehr erschwert. Wir können auch nicht der neuen Sicherheitswahrung zustimmen.

# Die Seeabrüstungskonferenz.

## Das englische Programm.

)( **Genf**, 21. Juni. Die englische Delegation auf der Drei-Seemächte-Konferenz machte heute der Presse über das gestern der Konferenz vorgelegte Flottenabrüstungsprogramm Mitteilung. Lord Bridgemann wies darauf hin, daß nach Ansicht der englischen Regierung jeder Konferenzstaat offen darlegen sollte, welche Anzahl von Seestreitkräften in den verschiedenen Schiffsklassen zu seiner nationalen Sicherheit von ihm benötigt werde. Dazu sollte jede Delegation eingehende Begründungen über ihre Ansprüche vorbringen. Nur durch Offenheit könne die Konferenz zu positiven Ergebnissen gelangen. Das englische Programm sehe eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der Großkampfschiffe, die in England in einigen Jahren zu größten Teil neu ersetzt werden müßten, sowie eine Verlängerung der Existenz der Großkampfschiffe vor, um hierdurch die drückenden Steuerlasten zu erleichtern. Ferner solle das in dem Washingtoner Abkommen festgesetzte Stärkeverhältnis 5:5:3 auch auf die 10 000-Tonnen-Kreuzer mit sechszölligen Geschützen ausgedehnt werden. Für den Kreuzer-Neubau solle die Höchsttonnagegrenze auf 7500 Tonnen festgesetzt werden. Lord Bridgeman betonte, daß die Zahl der Unterseeboote eine feste Begrenzung erfahren sollte. Die U-Boote, deren Höchstgrenze auf 1600 Tonnen festzusetzen wäre, sollten des Angriffscharakters entkleidet werden. Das englische Delegationsmitglied Admiral Jellicoe hob die besondere Lage der englischen Flotte hervor, die für die Sicherheit der so sehr ausgedehnten englischen Schiffahrtslinien und für einen ausgedehnten Küstenschutz zu sorgen hätten. Während Amerika das Stärkeverhältnis 5:5:3 für alle Schiffsklassen fordere, lehne dies die japanische Delegation ab, die das gegenwärtige Flottenbauprogramm dem neuen Stärkeverhältnis zugrunde gelegt wissen wolle. Würde Japans Abrüstungsvorschlag angenommen werden, so würden sich folgende Zahlen für die drei Flotten ergeben: für England 62 Kreuzer, 173 Zerstörer und 64 Unterseeboote, für Amerika 15 Kreuzer, 280 Zerstörer und 116 Unterseeboote und für Japan 29 Kreuzer, 204 Zerstörer und 71 Unterseeboote.

Heute nachmittag berieten die Delegationsführer zusammen mit dem Generalsekretär das weitere Programm der Konferenz. Zunächst wird ein statistisches Komitee die statistischen Unterlagen für die verschiedenen Abrüstungsvorschläge zusammentragen. Die Konferenz selbst wird am Freitag wieder zusammentreten.

★

## Optimismus in Amerika.

)( **Washington**, 21. Juni. Die Berichte über die Verhandlungen auf der Genfer Drei Mächte Konferenz haben im Staatsdepartement optimistische Erwartungen hervorgerufen. Es wurde betont, daß die Vorschläge der amerikanischen Vertreter keine Andeutung ernsthaften Widerstandes von Seiten der britischen oder japanischen Vertreter hervorgerufen haben. Es wird nicht erwartet, daß die britischen Vorschläge wegen Einschränkung der Tonnage und Artillerie der kleinen Kreuzer der amerikanischen Delegation ernste Schwierigkeiten machen werden, da man der Auffassung ist, daß Großbritannien keinen Einspruch dagegen erheben wird, daß die Vereinigten Staaten dieselbe Zahl von 10 000 Tonnen-Kreuzern bauen, wie sie Großbritannien in Bau hat oder zu bauen gedenkt. Ein amerikanischer Einwand gegen die Einschränkung der Zahl der großen Kreuzer wird erwartet, dagegen glaubt man, daß es Meinungsverschiedenheiten wegen des Vorschlages geben wird, die Tonnage von U-Booten auf 1600 zu beschränken, da die überseeischen Besitzungen der Vereinigten Staaten vom Mutterlande durch weite Räume getrennt sind, während die britischen Kolonien mit England durch eine Kette bequemer Marinestützpunkte in Verbindung stehen.

---

Abg. Dr. Bartsch (DntL.): Der Minister Hergt ist noch nicht solange im Amte, daß er imstande gewesen wäre, deutschnationale Grundsätze in die Vorlage hineinzuarbeiten. Wir haben

**gegen den Entwurf schwere Bedenken**

vorzubringen, freuen uns aber über die Begründungsvorlage des Ministers. Der Entwurf enthält noch aus der Zeit des sozialdemokratischen Ministers Radbruch viele Gesichtspunkte, die wir nicht billigen können. Wir halten es für einen sehr gefährlichen Grundsatz, weniger die Tat als die Gesinnung des Täters zu prüfen. Wir freuen uns, daß wenigstens die Radbruchsche Privilegierung des politischen Gesinnungsverbrechers wieder aus dem Entwurf beseitigt ist. Die Vermischung von Gnade und Recht geht uns aber immer noch zu weit. Der Laienrichter würde sich im alten Strafgesetzbuch viel leichter zurechtfinden, als in diesem neuen. Viele bisherige Verbrechen sollen jetzt nur Vergehen sein. Wie schwer ist dem Verbrechen des Meineides beizukommen, und doch soll es künftig nur noch mit Gefängnis bestraft werden. Bestechung ist auf das sechsfache und Amtsunterschlagung auf das vierfache der Vorkriegszeit gestiegen, weil nach der Revolution Elemente in die Beamtenschaft gekommen sind, die nicht hineingehören. Und doch sollen diese Delikte künftig mit Geldstrafe geahndet werden können. Wir behalten uns Aenderungsanträge zur Beseitigung der zahlreichen Milderungen vor, die dieser Entwurf bringt. Das Maß richterlichen Ermessens ist in dem Entwurf übersteigert. Merkwürdig ist, daß die Sozialdemokratie die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, während sie bei der Schaffung des Republikschutzgesetzes selbst diese Strafe für alle möglichen Vergehen einführen wollte.

**Unser Recht ist jetzt schon viel zu human.**

In England gibt es noch die Prügelstrafe. (Zuruf bei den Kommunisten: Die ersten Prügel müßten Sie haben!) Solange Vorwettkämpfe straffrei sind, müssen Sie auf der anderen Seite auch die Schlägermensur straffrei lassen. Wir begrüßen die Rechtsangleichung an Oesterreich. Für ebenso wichtig halten wir aber den Anschluß an die alten deutschen Rechtsgüter (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 14 Uhr. Schluß nach 19 Uhr.

★

## Die bevorstehende außenpolitische Debatte.

Von unserer Berliner Redaktion.

▲ **Berlin**, 21. Juni.

Der Entwurf des Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches, mit dessen Beratung im Plenum am Dienstag begonnen wurde, geht nach Beendigung der ersten Lesung an einen neugebildeten Ausschuß von 28 Mitgliedern. Dieser Ausschuß soll seine Beratungen Mitte September beginnen und in jeder Woche von Dienstag bis Freitag Sitzungen abhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses ist der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Prof. Dr. Kahl, stellvertretender Vorsitzender ist das Mitglied der Zentrumsfraktion Dr. Bell. Dem Ausschuß gehören ferner die Zentrumsabgeordneten Schulte, Wegmann und Schetter an. Abg. Schulte wird im Ausschuß offiziell als Obmann der Zentrumsfraktion wirken, eine Aufgabe, die ihm auch bisher schon im Rechtsausschuß oblag.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist im Gegensatz zu der gestern vorwiegenden Meinung für Freitag einberufen worden, um einen Bericht des Außenministers entgegenzunehmen. In parlamentarischen Kreisen wird, wie das V. D. Z.-Büro hört, angenommen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Mittwoch die Parteiführer über die außenpolitische Lage unterrichten wird.

Die außenpolitische Debatte im Plenum beginnt bekanntlich cham Donnerstag. Sie wird mit einer Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann eingeleitet werden. Hierauf kommen die Fraktionen zu Wort. Als erster Redner wird Dr. Breitscheid als Vertreter der Sozialdemokraten sprechen. Die Regierungsparteien sind dahin übereingekommen, daß sie von einer gemeinsamen Erklärung Abstand nehmen. Jede der vier Koalitionsfraktionen wird einen besonderen Redner vorschicken. Für das Zentrum ist Abg. Dr. Kaas bestimmt. Zu der Debatte haben die Regierungsparteien folgende Interpellation eingebracht: „Ist die Reichsregierung bereit, über die außenpolitische Entwicklung der letzten Monate in nächster Zeit Auskunft zu geben?" Am Freitag sollen die Abstimmungen stattfinden, falls irgendwelche Anträge zu dieser Debatte gestellt werden. Solche liegen bisher aber noch nicht vor.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird folgenden Antrag einbringen: „Die Mitglieder des Reichstages sind verpflichtet, dem Präsidenten des Reiches mitzuteilen, ob und in welchen Unternehmungen (Privatunternehmungen, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen und öffentlichen Unternehmungen) sie Posten als Aufsichtsratsmitglieder innehaben. Der Präsident des Reichstages führt eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder und bringt sie halbjährlich zur Kenntnis des Reichstages.

Im Hauhaltausschuß des Reichstages wurde heute ein sozialdemokratischer Antrag beraten, der eine Aenderung des Republikschutzgesetzes verlangt, wonach bei demjenigen, der wegen einer im Republikschutzgesetz bezeichneten Handlung bestraft worden ist, auch zugleich auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, bei Militärpersonen auf Dienstentlassung, außerdem auf den gänzlichen oder teilweisen Verlust des Gehaltes, Wartegeldes oder Ruhegehaltes erkannt werden muß. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsmehrheit abgelehnt.

---

## Der Reichswirtschaftsminister über die Einschränkung der Reichsbetriebe.

WTB. **Berlin**, 21. Juni. Im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages stand heute vormittag ein Antrag der Bayrischen Volkspartei zur Beratung, der die Regierung ersucht, die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und der ihm unterstellten öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken. Zu diesem Antrage erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, daß die Reichsregierung schon bisher im Sinne der Förderung gewirkt habe und weiter wirken werde. Zu einer weiteren Forderung des Antrages, daß die Behörden bei Auftragserteilungen keine Bedingungen stellen dürfen, durch die Rechte der Freiheiten, die die Gewerbeordnung dem Handwerk gewährt, irgendwie beeinträchtigt werden könnten, verwies der Minister auf die vor kurzem noch fertiggestellte Reichsverdingeordnung für Bauleistungen. Aehnliche Verdingeordnungen würden auch für die übrigen Sparten der Wirtschaft erlassen werden. Der Minister verwies weiter auf die dem Reichstage zugegangene Uebersicht über die reichseigenen Betriebe und den Umfang ihrer Tätigkeit und erklärte, die Reichsregierung wolle dabei nicht stehen bleiben. Sie will die Betätigung der öffentlichen Hand einer umfassenden Untersuchung unterziehen und hat zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Reichsressorts und den Regierungen der Länder geführt. Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen, aber das endgültige Ergebnis dieser Untersuchungen wird im Ausschuß sofort nach dem Abschluß der Erhebungen bekanntgegeben werden. Der Minister bat die Ausschußmitglieder, die Regierung durch Zuführen weiteren Materials in dieser Frage zu unterstützen.

Es wurde folgender Antrag angenommen: Die Reichsregierung wird ersucht: 1. die wirtschaftlichen Betriebe des Reiches und der ihm unterstehenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Ausnahme der gemeinnützigen öffentlichen Versorgungsbetriebe auf das unerläßliche Mindestmaß zu beschränken; 2. die Reichsbehörden anzuweisen, daß sie bei Auftragserteilung keine Bedingungen stellen, denen die Rechte und Freiheiten, welche die Gewerbeordnung gewährt, und die Reichsvergebungsordnung entgegenstehen.

---

## Konferenz der deutschen Finanzminister.

⊠ **Berlin**, 21. Juni. Morgen mittag findet eine Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der Länder statt, die die Beratung der Reform der Beamtenbesoldungsverordnung zum Gegenstande haben wird.

---

## Die Groß-Hamburg-Frage.

### Wiederholte Beschlußunfähigkeit des Landtages.

⊠ **Berlin**, 21. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung steht als erster Punkt die nochmalige Beschlußfassung über das Gesetz zur Aenderung des Gewerbe- und Handelslehrerdiensteinkommen-Gesetzes, weil der Staatsrat gegen das vom Landtag angenommene Gesetz Einspruch eingelegt hat. Nach der preußischen Verfassung ist der Einspruch des Staatsrates hinfällig, wenn der frühere Beschluß des Landtages mit Zweidrittel-Mehrheit erneuert wird. Der Staatsrat hat seinen Einspruch insbesondere damit begründet, daß die Mehrbelastung für die Staatskasse und für die Gemeinden erheblich sein würde.

Ohne Aussprache wird der Entwurf an den Handels- und Gewerbeausschuß verwiesen.

Das Haus setzt darauf die

**zweite Beratung der Groß-Hamburg-Gesetze**

fort.

In der allgemeinen Aussprache betont Abg. Grebe (Z.) den allgemein deutschen Charakter der Großhamburg-Frage. Der Entwicklung des Hamburger Hafens dürfe man keine Hindernisse bereiten. Notwendig sei, daß ein Siedlungsverband bald komme. Auch müsse der Finanzausgleich eine gerechtere Lösung bringen. Die Elbgemeinden müßten lebensfähig gemacht werden.

Bei einer namentlichen Abstimmung darüber, ob Groß-Flottbeck nach Altona eingemeindet werden soll, ergibt sich mit einer Stimme Minderheit die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

In der auf sofort anberaumten neuen Sitzung werden alle kommunistischen Aenderungsanträge abgelehnt.

Bei den Abstimmungen über § 3 und § 4 des Gesetzes ergibt sich jedesmal wieder die Beschlußunfähigkeit des Hauses, sodaß Präsident Bartels jedesmal sofort eine neue Sitzung anberaumen muß.

Das Haus bespricht dann in der 4. Sitzung die zweite Groß-Hamburg-Vorlage, wonach 23,7 Millionen zum Ausbau des preußischen Hafengebietes an der unteren Elbe bereit gestellt werden sollen.

In der Abstimmung wird die Vorlage mit großer Mehrheit gegen die wirtschaftliche Vereinigung und die Kommunisten in zweiter Lesung angenommen.

Nach ½7 Uhr wird die Weiterberatung der Groß-Hamburg-Gesetze insbesondere auch die Erledigung der Eingemeindungsvorlage auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. Außerdem Landgemeindeverordnung.

---

## Kannte Briand den Wortlaut der Rede Poincarés?

+ **Paris**, 21. Juni. Die Erregung, die die Rede von Lunéville selbst in gewissen Kreisen Frankreichs hervorgerufen hat, spiegelt sich heute vormittag in einigen Blättern deutlich wieder. In parlamentarischen Kreisen ist die Frage „Ist das Vorgehen Poincarés als eine Offensive gegen Briand aufzufassen?" gestern ernstlich erörtert worden. Außerdem wurde behauptet, daß Briand keine Kenntnis von dem Inhalt der Rede Poincarés gegeben worden sei.

Es ist bezeichnend, daß das „Echo de Paris" die Verteidigung Poincarés gegen eine solche Auffassung übernimmt. Allerdings ist es nicht in der Lage, positiv zu behaupten, ob die Rede von Lunéville in ihrem Wortlaut Briand vorgelegen habe und von ihm gebilligt wurde. Das Blatt behauptet lediglich, Poincaré habe nicht versehlt, mit dem Außenminister über alle Fragen zu sprechen, die sich auf die Unterhaltungen von Genf bezögen.

Die Vermutung, daß Briand den vollkommenen Wortlaut der Rede nicht gekannt hat, wird auch in der „Volonté" bestätigt. Das Blatt gibt zu, daß Poincaré den Außenminister über die leitenden Ideen, die er zu entwickeln gedenke, unterrichtet habe, aber Poincaré sei eben ein Mann mit einem aggressiven Charakter, der sich nicht wandele. Wieder habe er sich durch seine alte nationalistische, schikanöse Art hinreißen lassen, die er eben niemals los werde. Anstatt durch eine nuancierte Warnung sich in Deutschland Gehör zu verschaffen, anstatt diplomatisch zu sein, sei seine Rede nichts anderes gewesen, als eine beklagenswerte Polemik.

Unterstützung findet Poincaré lediglich auch heute in den auf der äußersten Rechten stehenden Organen, wie beispielsweise im „Avenir" und „Gaulois", während die „Fournee Industrielle" schreibt: Das, was man bei dem Pazifierungswerk von Locarno, dessen Größe niemand bestreitet, sicherstellen muß, ist ein genauer Parallelismus der Absichten. Während die einen die europäische Stabilität zu garantieren suchen, dürfen die anderen nicht zu gleicher Zeit deren Elemente ändern wollen. Locarno darf nicht ein Mittel sein, gegen die nach dem Kriege hergestellte Ordnung zu manövrieren. Die Versuchung ist für Deutschland zu natürlich, als daß es sie nicht benutzte. Es gäbe also keinen Anlaß, sich zu verwundern, daß Deutschland diese Versuchung durchmacht und ihr zeitweilig auch unterliegt. Aber gerade das Interesse der Politik von Locarno wolle, daß wir nicht den Anschein haben, als könnten wir diese Tendenzen nicht, damit wir nicht eines Tages uns in der Notwendigkeit befinden, zu brüsk die Bremse anzuziehen, was für den wirklichen Fortschritt, der vorher erzielt worden sei, tödlich sein könnte. Die übrige Presse schweigt.

**Unbehagen in diplomatischen Kreisen.**

:: **Paris**, 21. Juni. Die Ausführungen Poincarés in Luneville haben in diplomatischen Pariser Kreisen lebhaft überrascht, da man sich auf französischer Seite nach der Genfer Tagung bemüht hatte, die Fortsetzung der Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich zu unterstreichen. Besonderes Unbehagen wird in englischen Kreisen empfunden. Ein englischer Diplomat in Paris äußerte sich über Poincarés Rede folgendermaßen: Wer seine Luneviller Rede liest, gewinnt den Eindruck, als ob alle Ergebnisse der letzten zwei Jahre spurlos an ihm vorübergegangen wären. Es komme einem so recht zum Bewußtsein, wie stark der Einfluß sei, den Poincaré auf die auswärtige französische Politik ausübe. Dieser Einfluß sei nicht geeignet, die Aufgabe Briands zu erleichtern und die Politik der Verständigung und Annäherung zu fördern. England werde kaum in der Lage sein, Frankreich auf dem Wege zu folgen, den Poincaré mit seiner Politik einschlagen wolle.

**Scharfe Kritik an Poincaré in der französischen Kammer.**

)) **Paris**, 20. Juni. Da die französische Kammer heute einen sitzungsfreien Tag hatte, hatten sich nicht allzuviele Abgeordnete in den Wandelgängen eingefunden. Trotzdem wurde die Rede Poincarés in Luneville auf das lebhafteste diskutiert und vielfach einer überraschend scharfen Kritik unterzogen. Insbesondere die Angehörigen der Radikalsozialistischen Partei tadelten die Ausführungen Poincarés, die bewiesen hätten, daß er auch heute noch der gleiche Mann sei, der seinerzeit die Ruhr gegen den Willen der gesamten übrigen Welt besetzt habe. Vielfach wurde die Anschauung laut, daß es lächerlich sei, wenn Poincaré heute noch die elsäßische Frage in einem Geiste behandele, der vergangenen Tagen endgültig angehören müsse. Nachdem die Regelung über die Ostbefestigungen in Genf erzielt worden sei, sei es völlig unverständlich, wie Poincaré in seinen Ausführungen erneut auf die Frage der Ostbefestigungen zurückkommen könne.

**Der Weg ist noch weit.**

▲ **London**, 21. Juni. Der außenpolitische Korrespondent der „Daily News" schreibt, er höre, daß vor Briands Abreise aus Genf eine Vereinbarung mit Dr. Stresemann über die Frage der Untersuchung der Unterstände bei den deutschen Ostbefestigungen erreicht wurde, die zur Erzielung einer Verständigung übet die Verminderung der alliierten Besatzungstruppen beitragen sollte. Der Korrespondent sagt: Unglücklicherweise bildet nun Poincarés Rede in Lunéville kein Anzeichen dafür, daß diese Verständigung nahe ist. Seine scharfe Kritik an Deutschland, die auf Briands plötzliche Rückkehr nach Paris folgte, zeigt wieder einmal den Weg, der noch zurückzulegen ist, bevor der Locarnogeist in der europäischen Politik tatsächlich zum Ausdruck kommen kann. Poincarés Rede müsse die Schwierigkeiten des Reichsaußenministers Dr. Stresemann vermehren.

---

# Deutsches Reich.

## Vorstandssitzung der Deutschen Zentrumspartei.

# **Berlin**, 21. Juni. Am Samstag, 2. Juli, nachmittags 4 Uhr, findet im Reichstage eine Sitzung des Vorstandes der Deutschen Zentrumspartei statt und am Sonntag, 3. Juli, vormittags 9,45 Uhr, beginnt eine Tagung des Reichspartei-Ausschusses des Zentrums.

## Die Abfindung der Standesherren.

:: **Berlin**, 21. Juni. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, beabsichtigt man in preußischen Regierungskreisen, falls das Reich von sich aus im Hinblick auf die notwendig werdende Regelung der Abfindung der Standesherren keine Initiative ergreift, im Reichsrat einen Antrag zu stellen, wonach die Abfindung der Standesherren durch ein Reichsgesetz geregelt werden soll.

## Der litauische Staatspräsident bei Dr. Stresemann.

⊠ **Berlin**, 21. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute den litauischen Staatspräsidenten Woldemaras, der ihm in Begleitung des litauischen Gesandten seinen Besuch machte.

**Sofort**

müssen Sie das

**„Bocholter Volksblatt"**

beim Briefträger bestellen, damit keine Unterbrechung des Bezuges eintritt. — Auch die Geschäftsstelle nimmt jederzeit Bestellungen entgegen.

# Aus der Heimat.

Bocholt, den 22. Juni 1927.

z. **Ernennung.** Herr Rechtsanwalt Dr. Westerhoff von hier ist zum Notar ernannt worden.

p. **Vom Fundamt.** Gefunden und auf dem Fundamte abgegeben: 1 Geldschein, 1 Damenhandtasche; ferner ist einem Anwohner der Aa ein weiß gestrichener Kahn mit der Bezeichnung „Wasserschwalbe" zugetrieben. Auskunft erteilt das Fundamt, Rathaus, Zimmer 3.

m. **Brieftaubensport.** Die Reisevereinigung „Westbund", der auch Bocholt angehört, hatte am Sonntag einen Flug ab Wustermark bei Berlin über 425 Klm. Es konkurrierten 50 Vereine mit insgesamt 800 Flugtieren. Auflaß 6 Uhr bei naßkaltem Wetter und starkem Gegenwind. Verluste trotz Witterungsunbill relativ gering. Nächster Bundesflug ab Rehfelde mit 500 Klm. Luftlinie.

n. **Evangelischer Frauenverein.** Am Montag nachm. 2 Uhr unternahm der evangelische Frauenverein einen Ausflug nach Diersfordt. Nach der Bahnfahrt bis Wesel ging's zum Teil mit der Straßenbahn, zum Teil zu Fuß zu der Wirtschaft zur „Rose" am Rhein, wo für Stärkung und Unterhaltung gesorgt war. Um 7 Uhr trat man die Heimfahrt wieder an.

n. **St. Antonius-Schützenverein.** Die Mitgliederversammlung am vergangenen Sonntag morgen war sehr stark besucht, ein Zeichen, daß es allmählich dem Schützenfeste zugeht, das am 6., 7. und 8. August gefeiert werden soll. Nach Erledigung des 1. Punktes „Neuaufnahmen", wurde das Festprogramm durchberaten und festgelegt. Auch wurde einstimmig beschlossen, der Einladung des St. Jakobi-Schützenvereins Rhede zur Teilnahme an der Fahnenweihe am 24. Juli komplett mit beiden Fahnen und dem Trommlerkorps des 16. A. A. Folge zu leisten. Dem Bruderverein soll auch ein Fahnennagel gestiftet werden. Abfahrt mittags 3,15 Uhr. Morgens wird noch eine Mitgliederversammlung mit Ausgabe der Schützentaschen stattfinden, in der auch noch sonstige Punkte zu besprechen sind. Näheres wird noch durch Anzeige und an dieser Stelle bekannt gegeben.

n. **53er Tag.** Am 2., 3. und 4. Juli feiern die ehemaligen Angehörigen des 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53 einschließlich der Kriegsformationen (Res.-Inf.-Regt. 53, Landw.-Inf.-Regt. 53, Inf.-Regt. 190 und Landw.-Inf.-Regt. 385) ihr erstes großes Wiedersehensfest in der alten Garnisonstadt Köln. Am 2. Juli abends findet in der Kölner Bürgergesellschaft eine Begrüßungsfeier statt, die in ihrem weiteren Verlauf als heiterer Rheinischer Abend geplant ist. Am 3. Juli vormittags' ist auf dem Hofe der Ulrichkaserne ein Feldgottesdienst, anschließend im Hindenburgpark die Einweihung des Kriegerdenkmals mit der Regiments-Ehrentafel. Nachmittags marschiert ein Festzug zum Kurfürstengarten, wo das Wiedersehen in kameradschaftlichem Beisammensein gefeiert wird. Am 4. Juli bildet eine Rheindampferfahrt zum Siebengebirge den Abschluß der Veranstaltung. Alle ehemaligen Regimentsangehörigen werden herzlich zur Teilnahme eingeladen. Anfragen und Anmeldungen erbeten an Walter Quodbach, Köln-Deutz, Alarichstraße 14.

p. **Rechts fahren! Kennzeichnung der Fuhrwerke.** Die seit dem 15. Dezember 1926 in Kraft befindliche Straßenverkehrsordnung bestimmt u. a., daß Führer von Fuhrwerken, soweit nicht besondere Umstände entgegen stehen, die rechte Seite des Weges einzuhalten haben. Die linke Seite darf nur beim Ueberholen oder beim Anhalten an links liegenden Grundstücken — soweit dieses örtlich nicht verboten ist — benutzt werden. In scharfen oder unübersichtlichen Wegekrümmungen ist die rechte Seite stets einzuhalten. Wenn man auch nachgerade annehmen sollte, daß diese für die Verkehrssicherheit grundlegenden Bestimmungen jedem Fuhrwerkslenker bekannt sein müßten, so wird dennoch, wie die Feststellungen der Polizeiverkehrsstreifen ergeben, immer wieder hiergegen verstoßen. Die Polizeiorgane sind daher angewiesen, mehr als bisher auf die Befolgung der Vorschrift des „Rechtsfahrens" zu achten und auch mehr als bisher mit Polizeistrafen vorzugehen. Eine weitere Vorschrift der Straßenverkehrsordnung besagt, daß bespannte Lastfuhrwerke auf der linken Seite des Fuhrwerkes oder an dem Geschirr des linken Zugpferdes mit einer deutlich lesbaren, unverwischbaren Aufschrift versehen sein müssen, die den Vor- und Zunamen sowie den Wohnort des Fuhrwerksbesitzers (Firma oder deren Sitz) angibt. Diese Vorschrift, die für die Verkehrsüberwachung von grundlegender Bedeutung ist, wird gleichfalls allzu häufig nicht beachtet. Auch hier ist, wie wir erfahren, den Polizeiorganen schärferes Zugreifen zur Pflicht gemacht.

* * *

v. **Vardingholt**, 22. Juni. **Schützenfest. — Aus der Geschichte der St. Johannis-Schützerei.** Am Montag und Dienstag feierte der St. Johannis-Schützenverein sein diesjähriges Stiftungsfest auf dem Gehöft des Gutsbesitzers W. Bußhaus-Pleiting. Die Königswürde errang Herr Heinrich Nienhaus, der sich Frau Wilhelm Hungerkamp zur Königin erkor. — Der Verein kann auf eine sehr reiche Vergangenheit zurückblicken. Es ist noch ein altes, in Schweinsleder gebundenes Rechnungsbuch vorhanden, das aber schon stark vom Zahne der Zeit angenagt ist. Der größte Teil des Buches ist von einem Notar geschrieben. Das erste Protokoll trägt die Jahreszahl 1662, den 24. Juni. Es ist dieses wohl unzweifelhaft das Gründungsjahr, denn vorher war der 30jährige Krieg und die letzten Feinde, die Hessen, waren erst vor einigen Jahren aus dem Lande gezogen. Somit wäre die St. Johannis-Schütterei der zweitälteste Schützenverein im Amte Rhede. Zu damaliger Zeit feierte ganz Vardingholt zusammen in einem Verein; das ist aus den Namen der Gehöfte, wo gefeiert wurde und die zum Teil heute noch diesen Namen tragen, zu ersehen. Wann die Trennung in zwei Vereine erfolgte, ist nicht erwähnt, jedenfalls wohl erst im Jahre 1841, wo im zweiten Rechnungsbuch zum ersten Mal der Name Vor-Vardingholt erwähnt wird. Das erste Buch von dem abgetrennten Verein ist anscheinend verloren, vielleicht könnte man aus diesem Näheres erfahren. Auch jetzt sind Bestrebungen im Gange, ganz Vardingholt möchte wieder zusammen feiern, ein gewiß idealer Gedanke, jedoch kaum durchführbar, da Vardingholt als die größte Landgemeinde zu Anfang des Jahres schon 1231 Einwohner zählte. Bei der Gründung zählte der Verein 18 Klotbrüder und 9 freie Brüder, die Zahlen nehmen aber von Jahr zu Jahr zu. Viele Namen, die auch heute noch, wenn auch etwas verändert vorkommen, finden wir von Anfang an, wie Steverdink, Wissingpaßmann, Ketteler, Voß, Bernink, Benhuß, Wieging, Hagedurn, Stoenpaß, Esselink, Pleiting und Böijnk. Im Jahre 1665 wurde König ein Johann Herr von Merfeld. Ein Dietrich von Merfeld wird von 1662 an mehrere Jahre als Klotbruder geführt. Gefeiert wurde 1668, 1669, 1670, 1680, 1682, 1683, 1687, 1691, 1695, 1696, 1705, 1706, 1707, 1708, 1725, 1726, 1727, 1730, 1736, 1752 auf dem Gehöft von Gerhard Schülling. Von 1755—1765 wurde nicht gefeiert wegen des Krieges, der auch unsere Gegend arg heimsuchte. 1765 wurde auf Köpens Behausung gefeiert, 1766 bei Albert Ketteler, 1777 bei Berning, 1779 an Zeinemannshause usw. Erst in späterer Zeit ist von einer Seelenmesse die Rede, die erste hat Pfarrer Heijnk gelesen für alle Schützenbrüder im Herrn. Dieses gilt auch noch heute. Gefeiert wurde früher ebenso wie heute an zwei Tagen. Die Vorbereitung der ganzen Feier lag in Händen der Gildemeister. Sie sorgten für das nötige Bier und den erforderlichen Schnaps, waren die Kassierer und verwahrten die Vogelstange und das Königssilber. Früher spielte ein Spielmann (Flöter) zum Tanze auf, später hatte man mehrere Musiker. Auch Fremde hatten Zutritt, jedoch „nicht eher, als die letzte Tonne Bier verzehrt sei", heißt es in einem Beschluß, der aber heute keine Geltung mehr hat. Der König erhielt als Zeichen seiner Würde einen Hut und eine Tonne Bier; dafür mußte er dem Verein eine silberne Platte schenken (silbernes Schildchen). Das älteste Königssilber ist aus dem Jahre 1752, eine große silberne Schildplatte in Herzform mit dem Bilde des hl. Johannes; ferner ist noch ein Schild von 1753, eins von 1755, zwei von 1765 (von da ab wurde am ersten und zweiten Tage geschossen, mithin gabs auch zwei Könige), zwei Schilder von 1766, zwei von 1774 und zwei von 1777 vorhanden. Nach dieser Zeit gestiftete Schilder sind leider nicht mehr da; wo sie geblieben sind, darüber gibt das Buch keine Auskunft. Die jetzigen werden mit aller Sorgfalt aufbewahrt. Man will auch die Anschaffung von Schildern in jedem Jahre wieder einführen. Ueberhaupt soll das Schützenfest nach alter Tradition gefeiert werden. Der Verein, der in diesem Jahre durch Stiftung auch eine Fahne erhalten hat, kann mit Recht auf seine reiche Vergangenheit stolz sein.

e. **Borken**, 21. Juni. **Leistungsprüfungen und Rennen des Reitervereins Borken.** Am vergangenen Sonntag veranstaltete der Reiterverein Borken nachmittags 2,30 Uhr auf der Rennbahn des Gutshofes Schulze-Wülfing-Schierenberg zu Gemenwirthe bei Borken ein Rennen verbunden mit Leistungsprüfungen. Außer dem Reiterverein Borken nahmen noch die Vereine aus Dorsten und Kirchhellen an dem Rennen teil, sodann noch weitere Teilnehmer aus Bocholt und Mussum. Die gesamte Veranstaltung verlief programmäßig und ohne Unfall. Am Abend fand im neuerbauten Saale des Gastwirts Bresser die Preisverteilung statt. — Nachstehend die Ergebnisse: 1. Alte Herren-Galoppreiten. 1. „Habicht", Reiter Aug. Grüneklee; 2. „Freia", Reiter Robert Büning; 3. „Lotte", Reiter Heinrich Garvert, Hoxfeld; 4. „Harras", Reiter Bernhard Böckenhoff. — 2. Vorstellung der diesjährigen Jugendabteilung des Reitervereins Borken unter ihrem Reitlehrer A. Grüneklee. Es nahmen 7 Reiter teil, von denen ein jeder ein Andenken erhielt. — 3. Vereinstrabreiten. 1. Gräfin Lotte, Besitzer Johann Schulze-Wülfing, Crommert, Reiter Josef Wülfing; 2. Falter, Besitzer Wwe. Wolbring, Borkenwirthe, Reiter Heinrich Wolbring; 3. Hannchen, Besitzer Bernhard Lepping, Hoxfeld, Reiter Franz Lepping; 4. Amanda, Besitzer Bernhard Evering, Großreken, Reiter Theodor Evering; 5. Alma, Besitzer Theodor Schulze-Wülfing-Schierenberg, Gemenwirthe, Reiter Ludwig Wülfing. — 4. Haus-Schierenberg-Flachrennen. 1. Erna, Theodor Schulze-Wülfing-Schierenberg, Gemenwirthe, Reiter Alfons Wülfing; 2. Hero, Johann Besseling, Großreken, Reiter Georg Schmelting; 3. Hilde, Theodor Jeusfeld, Großreken, Reiter H. Wolbring; 4. Hanno, Johann Besseling, Großreken, Reiter Alois Besseling. — 5. Landwirtschaftliches St. Georg-Jagdspringen (Klasse A). 1. Bertram, Reiter Theodor Umberg; 2. Hella, Reiter Josef Heuwing; 3. Festa, Reiter Heinrich Beisenbusch, Kirchhellen; 4. Hilde, Reiter Alois Besseling; 5. Hellmut, Reiter Johann Breil, Dorsten; 6. Herta, Reiter Th. Beckmann, Dorsten; 7. Adda, Reiter Franz Dierichs, Kirchhellen; 8. Habicht, Reiter August Grüneklee; 9. Alma, Reiter Ludwig Wülfing; 10. Hansi, Reiter Heinrich Elsweier, Mussum; 11. Isabella, Reiter Heinrich Wülfing, Crommert; 12. Hanno, Reiter Alois Besseling, Großreken. — 6. Landwirtschaftliches Jagdspringen (Klasse L). 1. Erna, Reiter Ludwig Wülfing-Schierenberg, Gemenwirthe; 2. Edelgart, Reiter Hubert Wülfing-Schierenberg; 3. Luzie, Reiter Franz Hoffrogge, Dorsten; 4. Conde, Reiter Th. Kiffmeyer jun., Coesfeld; 5. Adda, Reiter Franz Dierichs, Kirchhellen; 6. Festa, Reiter Heinrich Beisenbusch, Kirchhellen; 7. Alma, Reiter Ludwig Wülfing-Schierenberg, Gemenwirthe; 8. Hella, Reiter Josef Heuwing, Kirchhellen; 9. Hellmut, Reiter Johann Breil, Dorsten; 10. Bertram, Reiter Theodor Umberg, Kirchhellen. — 7. Neumühler Flachrennen. 1. Zölestine, H. Schulze Wülfing, Mussum, Reiter Besitzer; 2. Hansi, Bernhard Elsweier, Mussum, Reiter Heinrich Elsweier; 3. Hero, Johann Besseling, Großreken; 4. Conde, W. Möllerand, Coesfeld, Reiter Th. Kiffmeyer jun.; 5. Wolf, Josef Tappehorn, Dorsten, Reiter Willi Tappehorn; 6. Amanda, Bernhard Evering, Großreken, Reiter Th. Evering. — 8. Trabfahren für Gebrauchspferde. 1. Peter te Gay, Ludwig Benker, Gerleve, Fahrer Besitzer; 2. Perle, Franz Sprünken, Loikum, Fahrer Paul Sprünken; 3. Luna, Ludwig Benker, Gerleve; 4. Sascha, Heinrich Tembrink, Gemen, Fahrer Besitzer. — 9. Jagd mit Auslauf. 1. Hexe, Ernst Backmann, Bocholt; 2. Erna, Reiter Alfons Wülfing; 3. Hansi, Reiter Heinrich Elsweier, Mussum; 4. Zölestine, H. Schulze Wülfing, Mussum; 5. Conde, Reiter Th. Kiffmeyer jun.; 6. Boni, Reiter Willi Ech. Kellinghaus, Dorsten; 7. Brunhilde, Reiter Th. Rotthoff jun., Kirchhellen; 8. Isolde, Reiter Heinrich Wülfing, Crommert; 9. Gräfin Lotte, Reiter Josef Wülfing, Crommert; 10. Else, Reiter Th. Schulze Heming. — 10. Pony-Rennen. 3 Ehrenpreise. 1. Ella, Reiter Jos. Honsel jun., Büngern; 2. Ella, Reiter Th. Wülfing; 3. Bubi, Reiter Joh. Schulze Retel, Dorsten; 4. Ella, Reiter Bernhard Bröker; 5. Nassia, Reiter Nunken, Borken.

e. **Borken**, 21. Juni. **Zusammenstoß zwischen Auto und Fahrrad.** Als der Lenker eines Autos an der Ecke Kreuz- und Goldstraße einer Radlerin ausweichen wollte, fuhr er mit dem rechten Vorderrad auf den kurz vorspringenden Fußsteig des Scheperschen Hauses. Doch war der Zusammenprall unvermeidlich. Die Radlerin wurde zur Seite geschleudert und kam zu Fall. Sie schien jedoch keine nennenswerte Verletzung davongetragen zu haben. Die Autofahrer, zwei auswärtige Herren, waren unterdessen ausgestiegen, um der vermeintlichen Schwerverletzten beizustehen; das war aber glücklicherweise nicht mehr nötig.

r. **Borken**, 22. Juni. **Viehmarkt.** Am morgigen Donnerstag ist in Borken Vieh- und Krammarkt. Bei dieser Gelegenheit verkehren auf der Kraftpostlinie Wesel — Borken folgende außergewöhnliche Kraftposten: Wesel ab 6 Uhr, Borken an 7,25 Uhr, Borken ab 12 Uhr, Wesel an 13,30 Uhr. Außerdem nach Bedarf: Borken ab 11 Uhr, Raesfeld an 11,20 Uhr, Raesfeld ab 11,40 Uhr, Borken an 12 Uhr.

# Vom Niederrhein.

— **Isselburg**, 21. Juni. **Aufstellung von Ruhebänken.** An verschiedenen Stellen der Stadt sind Ruhebänke aufgestellt worden. Damit ist ein lange gehegter Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung gegangen. Es fehlen aber immer noch einige Bänke auf dem Friedhofe.

— **Wesel**, 21. Juni. **Leichenlandung.** Am Montag ist an der hiesigen Rheinwerft die Leiche eines 10jährigen Knaben gelandet. Es handelt sich um den Sohn des Schiffers Isak H. Der Knabe ist am 15. Juni auf dem Schleppschiff Rival, welches den Rhein stromaufwärts fuhr, ausgeglitten und in den Rhein gestürzt.

— **Wesel**, 21. Juni. **Wiedersehensfeier des ehemaligen Feldartillerie-Regts. Nr. 43 und seiner Kriegsformationen.** Am 9. und 10. Juli findet in der alten Garnison Wesel unter dem Protektorate Sr. Exz. Herrn General der Artillerie von Campe die erste Wiedersehensfeier des F.-A.-Regt. 43 und seiner Kriegsformationen statt. Der Aufruf, der vor längerer Zeit schon an alle erreichbaren Angehörigen der genannten Truppenteile ergangen ist, hat außerordentlich gezündet. An vielen Orten in Rheinland und Westfalen haben sich neue Ortsgruppen gebildet, die die Werbung eifrig unterstützten. Es kann nach den jetzt schon vorliegenden Meldungen mit einem sehr starken Besuch gerechnet werden, so daß jeder 43er sicher ist, seine befreundeten Kameraden zu treffen. Von den Veranstaltungen seien nur die wichtigsten angeführt: Samstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, Festkommers in der Messehalle; Sonntag, den 10. Juli, 10 Uhr vorm., Gedenkfeier für die Gefallenen, im Anschluß Appell und Vorbeimarsch vor dem Protektor; nachm. 3 Uhr Konzert und Tanz im Schützengarten.

— **Calcar**, 20. Juni. **Calcarer Freilichtspiele.** Die Leitung der Calcarer Freilichtspiele macht darauf aufmerksam, daß an allen Spieltagen abends 7,30 Uhr Autobusse ab Calcar (Markt) nach Rees fahren.

# Turnen, Sport und Spiel.

:: **Athletik-Sportvereinigung 1894.** Der Mittelgewichtler H. Bülling siegt über den Emmericher Halbschwergewichtler van den Berg durch einen technischen K. O.-Sieg in der ersten Runde. Bei der Boxsportlichen Veranstaltung am vergangenen Samstag in Wesel standen sich im Mischgewicht van den Berg, Emmerich, 152 Pfund — H. Bülling, Bocholt, 143 Pfund, im Ring gegenüber. Van den Berg greift sofort mit voller Energie an. Schwinger, Kinnhaken — alles versucht er, kann aber nichts landen. Bülling ist auf der Hut und weicht allem aus. Am Ende der ersten Runde hat sich van den Berg schon ziemlich ausgegeben. — Eine kurze Blöße und schon sitzt ein rechter Kinnhaken von Bülling. Van den Berg muß bis acht zu Boden, versucht wieder hoch zu kommen, aber es ist mit der Kraft hin. Der Ringrichter bricht den Kampf wegen Ueberlegenheit Büllings ab. — **Gausest Homberg-Hochheide.** Auf dem Gausest in Homberg-Hochheide konnten die Mitglieder der Athletik-Sportvereinigung Bocholt folgende Siege erringen: Gewichtheben, Fliegengewicht: Fritz Looschke, 1. Sieger. Gewichtheben, Federgewicht: Georg Sahlmann, 2. Sieger; Theo Just, 4. Sieger; Gerh. Just, 5. Sieger. Gewichtheben, Altersklasse mittel: Bernh. Uebbing, 1. Sieger. Gewichtheben, Altersklasse leicht: Joh. Ebbers, 2. Sieger. Leichtathletik, leichte Klasse, Vierkampf: Theo Just, 1. Sieger. Einzelkampf, Steinstoßen: Theo Just, 1. Sieger. Einzelkampf, Gewichtwerfen: Theo Just, 1. Sieger. Den Siegern ein kräftiges „Heil! Heil!"

J. S.

# Zur bevorstehenden Abgabe der Vermögenssteuererklärung.

Es bestehen bei der Abgabe der Vermögenssteuererklärung noch bei vielen Steuerpflichtigen große Unklarheiten. In den nachstehenden Zeilen sollen deshalb einige wichtige Bestimmungen, die bei der Abgabe der Steuererklärung zu beachten sind, kurz erörtert werden.

Die Erklärung ist abzugeben bis zum 30. Juni 1927. Die diesjährige Steuererklärung weicht gegenüber der letzten Vermögenssteuererklärung vom Jahre 1925 erheblich ab, sie ist vor allem einfacher, weil gewisse Vermögensarten — das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche, gärtnerische Vermögen sowie das Grundvermögen — nicht neu bewertet werden. Für diese Vermögensarten bleiben die im Vorjahre den Steuerpflichtigen zugegangenen Einheitswertbescheide maßgebend. Die Einheitswertbescheide gelten auch weiterhin für die zu einem gewerblichen Betriebe gehörigen Grundstücke oder Teile von Grundstücken. Es findet also für die vorgenannten Grundstücke eine neue Bewertung nicht statt, sondern maßgebend bleiben die Einheitswerte, die auf den 1. 1. 25 festgestellt worden sind. Der Steuerpflichtige spart in diesem Jahre die Aufzählung und Wertangabe der vorgenannten Vermögen, er ist nur verpflichtet, die Frage zu beantworten, ob das jetzige Vermögen dasselbe ist wie am 1. 1. 25.

Wie steht es nun, wenn jemand gegen den im Vorjahre zugestellten Einheitswertbescheid ein Rechtsmittel eingelegt hat und das Rechtsmittelverfahren heute noch nicht zum Abschluß gekommen ist? Auch in diesem Falle ist der strittige Einheitswert einzusetzen, die endgültige Vermögensveranlagung erfolgt dann erst, nachdem über das eingelegte Rechtsmittel entschieden worden ist.

Für die übrigen Vermögensarten — vor allem auch für das Betriebsvermögen mit Ausnahme der Grundstücke — ist bei der Steuererklärung maßgebend der Wert am 1. Januar 1925. Betriebe, deren Jahresabschlüsse einen anderen Stichtag haben, können beantragen, daß ihr Abschlußtag der Vermögenssteuererklärung zu Grunde gelegt wird.

Das Betriebsvermögen der Gewerbetreibenden ist grundsätzlich mit dem gemeinen Wert einzusetzen. Jedoch kann bei den nach dem 31. Dezember 1923 und vor dem 31. Dezember 1918 angeschafften oder hergestellten Gegenständen der Anschaffungs- oder Herstellungswert zu Grunde gelegt werden, wovon die Abnutzungsbeträge abzuziehen sind. Für die während der Inflationszeit angeschafften oder hergestellten Gegenstände muß der gemeine Wert ermittelt werden.

Sparkassenguthaben, Genossenschaftsanteile, Hypothekenforderungen usw. sind mit dem Nennwert einzusetzen, jedoch nur dann, wenn sie mehr als 1000,— R.-Mk. betragen. Eine besondere Regelung gilt für die Aufwertungsforderungen, die am 1. Januar 1932 fällig werden. Sie sind grundsätzlich mit 87 Prozent des Aufwertungsbetrages anzusetzen. Demgemäß werden auch Aufwertungsschulden, die zu dem vorgenannten Termin fällig werden, mit 87 Prozent bewertet.

Bei dem Schuldenabzug ist es von Bedeutung, an welcher Stelle die Schulden abgezogen werden. Die Absetzung ist möglich:

1. vom Betriebsvermögen,
2. vom Gesamtvermögen.

Der Abzug bei dem Betriebsvermögen bewirkt z. B. eine Herabsetzung der Gewerbekapitalsteuer, während bei dem Abzug vom Gesamtvermögen diese Ermäßigung nicht eintritt. Der Schuldenabzug kann sich ferner auswirken bei der Industriebelastung.

Die Vermögen von Ehegatten werden bei der Reichsvermögenssteuer zusammen gerechnet.

Das Vermögenssteuergesetz enthält zwei Freigrenzen. Zunächst ist ein Vermögen bis 5000,— R.-Mk. steuerfrei. Geht das Vermögen über diesen Betrag hinaus, so wird es in voller Höhe von der Steuer erfaßt. Die andere Freigrenze des Gesetzes kommt vor allem in Frage bei geringem Einkommen und großer Kinderzahl. Vermögen bis zu 10 000,— R.-Mk. bleiben steuerfrei, wenn das Einkommen von 1925 unter 3000,— R.-Mk. geblieben ist. Die Einkommensgrenze erweitert sich

bei 2 Kindern auf 4000,— R.-Mk.
bei 3 und 4 Kindern auf 5000,— R.-Mk.
bei 4 und mehr Kindern auf 6000,— R.-Mk.

Es muß dringend von einer zu geringen Bewertung des Vermögens abgeraten werden, da die Möglichkeit besteht, daß die frühere Vermögenszuwachssteuer, die vorläufig bis zum 31. 12. 28 außer Kraft gesetzt ist, wieder eingeführt und als erster Stichtag der 1. 1. 27 genommen wird.

Dr. Hoffmann, Bocholt.

# Eingesandt.

Auf das „Eingesandt" in unserer letzten Sonntagsnummer wird uns vom Postamt Folgendes geschrieben:

Wir haben nach Beziehen des neuen Posthauses die Leerungstafeln an allen Briefkästen erneuert. Schon kurze Zeit nach dieser Instandsetzung waren die Tafeln an den meisten Kästen wieder zerkratzt und die Glasscheiben zertrümmert. Eine wiederholte Erneuerung hatte den Erfolg, daß einzelne Tafeln schon am folgenden Tage wieder beschädigt waren. Heute mußte festgestellt werden, daß an 8 Kästen das Glas zertrümmert bezw. die Papiertafeln beschädigt waren. Dieser Uebelstand wiederholt sich seit Jahr und Tag. Weil gegen die Zerstörungswut roher Bubenhände nicht aufzukommen ist, sind an einzelnen Briefkästen die Leerungstafeln für einige Zeit ganz fortgenommen worden. Wir haben heute die fehlenden Tafeln wieder angebracht und sind gespannt, wie lange sie jetzt halten werden. Natürlich werden sämtliche Kästen regelmäßig täglich geleert.

Amtliche Verkaufsstellen für Postwertzeichen haben bislang schon in genügend großer Zahl in Bocholt bestanden. Ihre Benutzung durch das Publikum war aber durchaus unbedeutend, was auch in Zukunft voraussichtlich der Fall sein wird. Eine Aufstellung der vorhandenen bezw. neu eingerichteten Verkaufsstellen hängt im Eingang zum Postamt aus und wird demnächst durch die Zeitungen veröffentlicht werden.

Die Lieferung eines zweiten Freimarken-Automaten — für 10-Pfg.-Marken — zur Anbringung am Rathaus ist vor längerer Zeit bei der Oberpostdirektion beantragt worden. Die Entscheidung darüber ist wegen der schwebenden Verhandlungen über die Postgebührenerhöhung zurückgestellt worden.

Der Anstrich der Briefkasten erfolgt jährlich einmal, er mußte wegen des anhaltenden schlechten Wetters bis jetzt verschoben werden und wird noch in der laufenden Woche in Angriff genommen werden. Dazu bedurfte es aber weder einer Anregung von dritter Seite noch der Lieferung eines Töpfchens blauer Farbe seitens der Stadtverwaltung.

Wir sind der Ansicht, daß es eine lohnende Aufgabe für den Artikelschreiber bezw. für den Verkehrsverein wäre, die Bocholter Jugend dahin zu erziehen, daß sie die öffentlichen Anlagen — dazu gehören auch die Straßenbriefkasten — respektiert und schont. Wir bitten die Polizeiverwaltung, den Briefkasten besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit wir in die Lage versetzt werden, gegen mutwillige Beschädigungen vorzugehen.

## Gottesdienst-Ordnung.

**Barlo.** Freitag, den 24. Juni, Fest des göttlichen Herzens Jesu. Von 5 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte. 6 Uhr Aussetzung des Allerheiligsten und Austeilung der hl. Kommunion. 7 Uhr Hochamt mit Erneuerung der Weihe an das göttliche Herz Jesu am Schlusse. Abends 8 Uhr feierliche Andacht zum Herzen Jesu.

Verantwortlich für den Zeitteil: für Politik Chefredakteur Dr. Major; für den allgemeinen provinziellen u. vermischten Teil Fritz Oberbruch; für Feuilleton Josef Hom, für Handel Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Alfons van Beverd Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Zacher und Dr. Häfner, Berlin SW. 11, für den allgemeinen Inseratenteil Jos. Sibora, Münster. Verlag: A. & A. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Dr. W. Schmitz, Bocholt, für den örtlichen Anzeigenteil Jos. Kempkes, Bocholt.

Maizena Klammmehl für Puddings u. Gebäck

**Photo-Artikel.** Dunkelkammern zur freien Benutzung. Größte Auswahl, stets Neuheiten. **Drogerie Bruns** Nordstr. 22.

## Konkursverfahren

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Witwe Bäckermeister Bernhard Hüls, Wilhelmine geb. Vogelsang zu Bocholt, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermin auf

**den 12. Juli 1927, vormittags 11 Uhr,**

vor dem Amtsgerichte hierselbst bestimmt.

Bocholt, den 15. Juni 1927.

**Das Amtsgericht.**

---

In das Handelsregister Abt. B Nr. 50 ist bei der Firma Gemeinnützige Baugesellschaft Westend mit beschränkter Haftung, Bocholt, heute folgendes eingetragen: Fabrikant Max Liebreich und Fabrikant August Fischer haben ihr Amt als Geschäftsführer niedergelegt. Zu neuen Geschäftsführern sind Fabrikant Julius Lefert und Prokurist Walter von Velsen, beide zu Bocholt, bestellt.

Bocholt, den 15. Juni 1927.

**Das Amtsgericht.**

---

In das Handelsregister Abt. A Nr. 22 ist bei der Firma Gebrüder Rensing in Bocholt heute eingetragen, daß die Firma in eine Kommanditgesellschaft mit 4 Kommanditisten umgewandelt ist. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1927 begonnen.

Bocholt, den 17. Juni 1927.

**Das Amtsgericht.**

---

## Bekanntmachung

In letzter Zeit mehren sich wieder die Anträge auswärtiger Vereine und anderer Veranstalter auf Genehmigung **von Tanz- und sonstigen Lustbarkeiten auf nicht konzessionierten Gehöften und Grundstücken privater Amtseingesessener.**

Abgesehen davon, daß dieser Zustand mit der wirtschaftlichen Not weiter Volkskreise im Einklag zu bringen ungeeignet ist, haben derartige Veranstaltungen im Laufe der Zeit auch in vielfacher anderer Hinsicht zu Unzuträglichkeiten und Klagen geführt.

Ich sehe mich daher erneut wie im vorigen Jahre zu der Erklärung veranlaßt, daß grundsätzlich solche Veranstaltungen auswärtiger Vereine usw. im Interesse der öffentlichen Ordnung polizeilicherseits nicht mehr genehmigt werden.

Anträge dieser Art sind daher weiterhin zwecklos.

Bocholt, den 15. Juni 1927.

Die Polizeibehörde des Amtes Liedern-Werth.
**Blume**, Amtmann.

---

## Verkauf besserer Möbel

**Am Freitag, den 24. ds. Mts., vormittags 10 Uhr** werde ich im freiw. Auftrage **im Schützenhause hier (Eingang von der Bahnseite)** nachbenannte gebrauchte, sehr gut erhaltene Sachen öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern:

**1 kompl. 2schl. Schlafzimmer, bestehend aus: 1 Kleiderschrank, 2 Bettladen mit Matratzen und kompl. Bettzeug, Waschkommode mit Spiegel, 2 Konsole, 2 Stühle, ferner 2 kompl. 1schl. Schlafzimmer ohne Bettzeug, div. Einzelmöbel wie Küchenschrank, Bilder, Stühle, Spiegel, div. Läufer u. Vorlagen, ferner 1 Dezimal- u. 1 Wirtschaftswage, 1 Waschtopf (100 Ltr. Inhalt) mit Rohr, Zinkwannen, 1 großer Ofen mit Rohr, div. Wirtschaftsinventar, große Posten Gläser, 1 vierröhrig. Radioapparat Frankenwerk usw.**

Besichtigung von 9 Uhr ab.

Bocholt, den 21. Juni 1927.

**Johann Kölle**, Auktionator.

---

## Heugras-Verkauf

**Am Samstag, den 25. ds. Mts., nachmittags 6 Uhr**

werde ich in der Brüggenweide in Stenern (Ecke Walderholung)

**ca. 17 Morgen volles Heugras**

parzellenweise öffentlich meistbietend auf Kredit versteigern. Anschließend

**Verpachtung der Nachweide.**

Bocholt, 21. Juni 1927.

**Johann Kölle,**
Auktionator.

---



Dem Herrn über Leben und Tod, hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern morgen gegen 11 Uhr unsern lieben, guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den

Landwirt

**Bernhard Uhlenbrock**

zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Er starb versehen mit den hl. Sterbesakramenten nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 66 Jahren.

Wir bitten der Seele des Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Alt-Rhede, Rhede und Dingden, den 21. Juni 1927.

**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Die Beerdigung findet statt zu Rhede am Donnerstag, den 23. Juni, morgens 9 Uhr vom St. Vincenz-Hospitale aus, darnach das feierliche Seelenamt in der Pfarrkirche daselbst, wozu hiermit freundlichst eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

---

## Kommunion-Geschenke

**große Auswahl — billige Preise**

**M. Mühlfelder.**

---

## Reisevertreter

zum Verkauf von

**Pianos und Flügel**

an Private im dortigen Bezirk **gesucht.** Langjährig eingeführte Marke. Hohes Einkommen! Firma ist in der Lage, zu konkurrenzlosen Bedingungen, auch ohne Anzahlung ihre Qualitätsinstrumente zu liefern.

Es wollen sich nur solche Herren melden, welche bereits mit Erfolg in der Branche gearbeitet haben. — Angebote unter Ck 3983 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

---

## Baugelände

Das in Biemenhorst gelegene frühere Ziegeleigelände der Erben B. Menting soll in Parzellen verkauft werden.

Es kommen als Käufer vorwiegend Einwohner des Amtes Liedern-Werth in Frage.

Das Grundstück, ca. 12 Morgen, mit aufstehenden Gebäuden und Bahnanschluß ist auch als Ganzes unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen.

Parzellierungsplan und nähere Bedingungen b. Unterzeichneten.

Fernruf 2009. **J. Kölle.**

---



**Mehrere tragende und frischmelkende**

**Kühe u. Rinder**

**zu verkaufen oder zu vertauschen.**

**J. Sternfeld,**
Nordwall 3. Fernruf 2133.

---

## Lohnweberei

für 10 bis 20 Stühle in 140 cm leichter Calmucware, 3spulig, 6bindig, auf **6 Monate** zu vergeben. — Angebote unter **E. R. 668** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung. ck3961

---

## Genuacord, Velvet und Velveton

Erstklassiger Spezialist in obigen Artikeln sucht zur Ausbeutung und Verbesserung der bisherigen Ausrüstung noch einige kapitalkräftige Interessenten, denen auf diese Weise Gelegenheit geboten ist, ihre eigenen Waren auszurüsten. — Offerten unter Ck 4011 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

---

**Wir haben zu vermieten**

**mehrere Fabrik- und Lagerräume,**

**ferner zu verkaufen**

**einige Baugrundstücke**

**in bester Lage, sowie**

**2 herrschaftl. Wohnhäuser.**

Offerten unter Ck 4004 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

## St. Jakobi-Schützen-Verein Rhede

Am Mittwoch 8½ Uhr findet im Lokale Geuting eine dringende

**General-Versammlung**

statt. Tagesordnung daselbst. Wegen verschiedener Besprechungen betreffs Fahnenweihe ist es strengste Pflicht eines jeden Mitgliedes bestimmt zu erscheinen.

**Der Vorstand.**

---

Ein

**Einfamilienhaus**

(Eintrachtstraße) mit 70 Ruten Ackerland ist zu verkaufen.

Offerten unter B 1478 an die Geschäftsstelle erbeten.

---

**Ladenlokal**

mit Wohnung oder Werkstatt, evtl. auch passender Raum (zum Umändern) zu mieten gesucht.

Offerten unter B 1485 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

---

**Fachmann**

übernimmt noch einige **Kunden** zum Beitragen der Bücher, Erledigung der Steuern und Korrespondenz.

Zuschriften unter C 3985 an die Geschäftsstelle erbeten.

---

## Kornhaus Borken

G. m. b. H.

**in Gemen Kr. Borken.**

Wir bringen hiermit zur Kenntnis der Herren Landwirte, daß Herr Franz Kolks m. dem heutigen Tage aus dem Betriebe des Kornhaus Borken G. m. b. H. in Gemen Kr. Borken auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist.

Wir haben nunmehr zum Lagerhalter des Kornhaus Borken G. m. b. H. in Gemen Kr. Borken

**Herrn Arnold Effeling aus Dömern b. Breden**

ernannt und bitten die Herren Landwirte, auch diesem ihr volles Vertrauen schenken zu wollen.

Münster i. W., den 20 Juni 1927.

**Westfälische Central-Genossenschaft**
e. G. m. b. G.

---

**Nordseebad Borkum**

Hotel-Pension **„IRENE"** am Strande.
Vorsaison 6—8 M.
Prospekte im Verlag dieser Zeitung.

---

**Sol- und Thermalbad**

**Königsborn**

Eisenbahnstationen: Unna und Unna-Königsborn.

Badezeit vom 1. Mai bis 15. Oktober. Beste Heilerfolge bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Skrofeln, Drüsen, Rachitis, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten, Neuzeitl. Sole-Inhalat. Mäßige Preise für Unterkunft und Bäder. Badeschrift und Auskunft unentgeltlich durch die

**Badeverwaltung in Unna-Königsborn.**

---

## Bubi-Kopf

**Schneiden, Pflegen, Wasserwellen**

**Spezialität: Neuschnitt**

Erste Kräfte. Zivile Preise

**Wwe. Heinr. Rolf**
**Nordstr. 4.**

Im Herren-Salon nur erstkl. Bedienung.

---

## Die Geschäftsräume

in unserem Hause Münsterstr. 35 (Alte Flora) und zwar ca. 77 qm Lagerraum — auch für leichten und sauberen Fabrikationsbetrieb geeignet — mit 2 anschließenden Büroräumen, zusammen etwa 33 qm groß, sind zum 1. 1. 1928 oder auch früher **zu vermieten.**

**A. Friedr. Flender & Co.**
Werk III, Sachsenstraße.

---

Ein unverh.

**Kettenaufleger**

für Rohweberei, Schäft- und Schaftmaschinen **sofort gesucht.**

Offerten unter **S. M. 7037** an **G. Geerkens, Ann.-Exp., Hagen i. W.**

---




---

## Brennabor

**KINDERWAGEN und KLAPPWAGEN**



sind in Konstruktion, Ausstattung und Preis führend

**UND ÜBERHAUPT KEIN ANDERER**

kann besser und preiswerter sein. Die diesjährigen Modelle mit allen Neuerungen (DRP) stellen das Vollkommenste dar und sind bei hoher Qualität preiswert. Reiche, für jeden Anspruch passende Auswahl bei

**Gerhard Rütter, Bocholt, Ostermarkt 44**

Aeltestes und größtes Spezialgeschäft am Platze.

---

Gesellschaft Eintracht e. V. Bocholt

## Weinhandlung

Bocholt, Ravardistr. 2, Fernruf 2027

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager in **Rhein-, Mosel-, Bordeaux- und Südweinen pp.** In ausgesucht hervorragender Qualität.

**Krankenweine**

besonders preiswert.

Ferner **Original Bols-Liköre, Bols Genever, Doornkaat, hochf. Kognak und Doppelkorn,** sowie **Schaumweine** stets vorrätig.

Verkauf auch an Nichtmitglieder in jedem Quantum.

---

Wer hat

## Fustian-Stühle

**36" und 41" für Dauerbeschäftigung frei?**

Angebote unter C 4015 an die Geschäftsstelle erbeten.

---

Eventuell

**ohne Anzahlung**

bis 1½ Jahre Kredit liefert reelles Möbelgeschäft Einrichtungen aller Art zu Kassapreisen. Interessenten wollen sich melden unter C 4005 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

---

Zum 1. Juli saub., inderliebes

**Mädchen**

gesucht.

Frau Josef Lohscheller, Südwall 5.

---

Erfahrenes

**Küchenmädchen**

sucht **Stellung zur Aushilfe.**

Gefl. Angebote unt. Bk 1474 an die Geschäftsstelle d. Bl.

---

**Stadtkundiger Mann**

zum Austragen von Waren für 1—2 Tage in der Woche **gesucht.**

Näh. Geschäftsstelle.

---

Zum 15. Juli ein sauberes, ehrliches

**Mädchen**

für alle Hausarbeit **gesucht.**

**Hotel Bürgerkrug.**

---

Ein in Küche und Hausarbeit erfahrenes, braves, kath.

**Mädchen**

nicht unter 20 Jahren für sofort gesucht.

**Johann Böggering,**
Fabrikant
Lowick b. Bocholt 105.

---

Suche sofort zur **Aushilfe** ein saub.

**Mädchen**

für halbe Tage.

**Frau Fabrikbesitzer Heinr. Böggering,**
Lowick—Bocholt 97.

---

**Herren u. Damen**

für den Besuch der Privatkundschaft in la Bielefelder Bett- u. Leibwäsche gesucht.

Angebote unter B 1483 an die Geschäftsstelle erbeten.

---

Möbliertes

**Zimmer**

mit voller Pension zu mieten gesucht.

Näh. Geschäftsstelle.

---

**Ja wohl!**

Ihr Apfelwein ist sehr fein, so sagt uns unsere Kundschaft immer :: wieder Echter Frankfurter **Apfelwein** das Liter zu 80 Pfg. zu haben in der Drog.

**Gebr. Steiner,**
Markt 8.

Gefäße mitbringen!

---

**Bauschule Raslede**

i. Oldbg. v. C. Rohde. Polierkurse u. Vorbereitung a. d. Meisterprüfung. Progr. frei.

---

**Heugras-Verkäufe.**

**Freitag, 24. Juni cr. vorm. 10 Uhr** auf der **Graf-Insel** am Wahrsmannshause:

**150 Rtn. der Parzelle 1** für Herren Schawach & Reeh,

**200 Rtn. der Parzelle 2** (Teichemache rsweide) für Herrn Wilh. Gerhards,

**200 Rtn. der Parzelle 3** für Herrn Wilh. Rohler,

**120 Rtn. der Parzelle 8** für Herrn Wilh. Steckling,

**100 Rtn. der Parzelle 9** für Herrn Fritz u. Karl Hornecker.

Wesel, Viehtor 1.

**Wilh. Kampschulte,** beeid. Versteigerer.

---

**Zu verkaufen:**

3 dunkel gebeizte antike Eichen-Truhen, 1 eichener antiker Schrank, (reich geschnitzt), sowie antiker Sekretär.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

---

**Neu aufgenommen:**

**Gummi-Strümpfe,**

**vorrätig u. nach Maß**

**Rezepte aller Krankenkassen werden angenommen**

Korsett-Spezial-Geschäft

**Frau Helene Köhler,**

**Bocholt i. W., Markt 6**

---

**Kinderpflegeartikel.** Nähr- u. Kräftigungsmittel. Artikel für Wöchnerinnen. **Drogerie Bruns** Nordstr. 22.